

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 219038/39  
Telex: 886846 ppbn d



## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB fordert den Bundeskanzler auf, sich zwischen der Politik eines Herrn Hupka und der Versöhnung mit Polen zu entscheiden.  
Seite 1

Hans Böchner MdB analysiert die Sportpolitik der Bundesregierung: Gebrochene Versprechungen und Verzicht auf Initiativen.  
Seite 3

Dokumentation  
Horst Ehmke MdB skizziert vor den Bonner SPD-Mitgliedern die drängendsten Aufgaben der Sozialdemokratie.  
Seite 5

39. Jahrgang / 245

20. Dezember 1984

Genscher sollte nun auch nach Warschau reisen

-----  
Die Kohlsche Schaukelpolitik gegenüber Polen muß aufhören  
Von Karsten D. Voigt MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Prag sollte Bundesaußenminister Genscher mit der politischen Vorbereitung seiner längst überfälligen Reise nach Warschau beginnen. Hierzu gehört, daß Hans-Dietrich Genscher als der für die Außenpolitik zuständige Ressort-Minister darauf drängt, daß Bundeskanzler Kohl nicht aus innenpolitischer Rücksicht auf einige Vertriebenenfunktionäre den deutsch-polnischen Beziehungen schweren Schaden zufügt: Es muß endlich öffentlich und unmißverständlich Klarheit darüber geschaffen werden, daß ein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland an einem Treffen der Schlesier unter dem Motto "Schlesien bleibt unser" nicht teilnehmen kann. Bundeskanzler Kohl muß einsehen, daß es politisch unmöglich ist, sich gleichzeitig mit dem Vertriebenenfunktionär Hupka und unserem polnischen Nachbarn zu versöhnen.

Gegenwärtig betreibt Bundeskanzler Kohl eine Schaukelpolitik zwischen Hupka und Genscher. Diese Schaukelpolitik hat bereits in den vergangenen Monaten den deutsch-



polnischen Beziehungen geschadet. Bevor Bundesaußenminister Genscher nach Warschau reist, hat die deutsche und die polnische Öffentlichkeit Anspruch auf Klarheit über die politischen Prioritäten Bundeskanzler Kohls. Im "sowohl als auch" und im "einerseits - andererseits" sind die Ziele, Grundsätze und Grundlagen der bundesdeutschen Politik gegenüber Polen unter der Bundesregierung Kohl unklar geworden und bisher weiter unklar geblieben.

Ein Bundesaußenminister, der auf einem derart unsicheren Boden seine Polenreise politisch vorzubereiten und den Traum der deutsch-polnischen Versöhnung zu retten versucht, kann des Mitleids der SPD gewiß sein.

(-/20.12.1984/ks/va)

+ + +



**Sportpolitik: kein Ruhmesblatt der Bundesregierung**  
-----

**Es fehlt an Klarheit, Wahrheit und sportpolitischer Weitsicht**

Von Peter Büchner MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Eindruck, daß die Sportförderung bei der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung in schlechte Hände geraten ist, hat sich im Laufe dieses Jahres weiter verfestigt.

Gebrochene Versprechen, sportpolitische und soziale Ungerechtigkeiten sowie fehlende Initiativekraft lassen sich selbst bei großmütigster Betrachtungsweise nicht vertuschen.

Auch in der Sportpolitik ist die konservative Bundesregierung für die rund 60.000 Sportvereine und Organisationen mit ihren Mitarbeitern und Helfern keine verlässliche Größe.

Einige Hauptbereiche der Sportpolitik des Bundes machen diese Erkenntnis deutlich.

Am gravierendsten sind die Versäumnisse und Wortbrüche in der Förderung des Behindertensports, beim "Sport in der Steuergesetzgebung", bei den innerdeutschen Sport- und Jugendbeziehungen und auch in Teilen der Leistungssportförderung.

So hat die Bundesregierung keine nennenswerten Beiträge zum Abbau der immer noch vorhandenen eklatanten Benachteiligungen des Sports für behinderte Mitbürger und der sozialen Aufgaben des Sports gegenüber anderen Bereichen - beispielsweise des Leistungssports - geleistet. Das Gegenteil ist der Fall. Vor allem diese besonders unterstützungsbedürftige Förderung des Sports wurde massiv von dem "sozialpolitischen Wendemanöver" der Regierung Kohl/Genscher erfaßt. Daran ändert auch nichts, daß Bundeskanzler Kohl beim Empfang für die Behinderten-Olympioniken im mildtätigen Tenor Balsam verteilte.

Folgendes Beispiel macht deutlich, wie wenig von einer Gleichbehandlung in der Sportförderung gesprochen werden kann:



Dem Deutschen Behindertensportverband wurden für 1984 bei rund 130.000 Mitgliedern - einschließlich der Bundesbeteiligung für die Entsendung von drei Olympiamannschaften; nach Innsbruck/Österreich, New York Long Island/USA und Stoke Mandeville/Großbritannien - 740.000 DM bewilligt. Eine Vollfinanzierung hat die Bundesregierung abgelehnt.

Ergebnis: die behinderten Olympiateilnehmer mußten im Gegensatz zu den Mitgliedern der NOK-Mannschaften für Sarajewo und Los Angeles erhebliche Eigenleistungen erbringen. Hier handelt die konservative Regierung nach dem Motto "Hilf Dir selbst - so hilft Dir Gott". Dagegen erhielt vergleichsweise der Verband der Modernen Fünfkämpfer in diesem Jahr aus der Bundeskasse rund 330.000 DM, bei lediglich 1.400 Mitgliedern. Die "Schwarze Kasse", die der Verband führte und bei der Antragstellung der Bundesmittel verschwieg, hatte keine Konsequenzen.

Das Bundesministerium des Innern finanzierte diesen Verband wunschgemäß zu 100 Prozent der beantragten Mittel.

Zwei Jahre verschwieg die Bundesregierung, daß sie nicht bereit ist, die von der CDU/CSU und FDP den Sportvereinen fest versprochenen steuerlichen Erleichterungen zu gewähren. Bei einem dermaßen tiefgreifenden Vertrauensbruch ist nunmehr auch der Deutsche Sportbund als Sachwalter der Interessen der Sportvereine gefordert.

Mit völlig leeren Händen steht die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung im Bereich der innerdeutschen Sport- und Jugendbeziehungen da.

Im Gegensatz zu ihren Ankündigungen wurde in den innerdeutschen Sportbeziehungen weder zahlenmäßig noch inhaltlich ein Fortschritt erzielt. Nicht eine einzige Sportbegegnung mehr konnte die Bundesregierung bewirken. Die Tendenz ist eher negativ und rückschrittlich, wie allein der Umfang der Veranstaltungskalender der beiden deutschen Sportbünde für 1984 und 1985 beweist.

Noch schlimmer sieht es in den Jugendbeziehungen aus. Der Besuch von Jugendgruppen aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland ist völlig zum Stillstand gekommen. Für 1985 zeichnet sich keine positive Entwicklung ab. Die "Jugendtouristischen Vereinbarungen" des Deutschen Bundesjugendringes und der Deutschen Sportjugend von 1982 bis 1984 mit der FDJ der DDR existieren praktisch nur noch auf dem Papier. Es gibt nur noch "One-Way-Tickets": von West nach Ost. (-/20.12.1984/ks/va)

+ + +



DOKUMENTATION

Horst Ehmke: Angesichts großer Aufgaben nicht kleinmütig werden

---

Der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete, Professor Dr. Horst Ehmke, Mitglied des Parteivorstandes, sprach am Mittwochabend vor der Mitgliederversammlung der SPD Bonn über die zentralen zukünftigen Aufgaben der Partei. Wir veröffentlichen den zweiten Teil der Rede, die sich nach einer Analyse der spezifischen Bonner Situation, allgemeinen Aspekten zuwendet.

"Angesichts der Bedrohung der Menschheit durch Massenvernichtungsmittel geht es zunächst darum, die außen- und sicherheitspolitischen Beschlüsse unseres Parteitags in Essen in konkrete, praktikable Vorschläge umzusetzen

- zur Fortsetzung der Entspannungspolitik - zur Wiederaufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen - zur schrittweisen Verringerung der Atomwaffen in Europa - zum Abzug chemischer Waffen aus Europa - zum Umbau der Streitkräftestruktur der Bundeswehr zur Aufrechterhaltung ihrer Kriegsverhütungsfähigkeit bei Unterstreichung ihres defensiven Charakters - zur Ablösung der Abschreckungsstrategie durch eine Sicherheitspartnerschaft von Ost und West.

An dieser konkreten Arbeit beteiligen sich heute in zunehmendem Maße Gruppen der Friedensbewegung. Die Untergliederungen der SPD dürfen ihnen darin nicht nachstehen. Dabei geht es vor allem auch darum, die Militarisierung unseres Sicherheitsdenkens abzubauen. Sicherheit ist primär eine politische, nicht eine militärische Kategorie.

In der Außenpolitik geht es darum, der Ostpolitik und der Entspannungspolitik neue Impulse zu geben. Reaktionäre Kräfte in den Unionsparteien und in Vertriebenenverbänden versuchen, die Westgrenze Polens wieder in Frage zu stellen. In Ost und West wächst daher die Sorge vor einer deutschen Irredenta, die positive Entwicklungen in Europa blockieren würde. Wenn wir dem nicht entschlossen Einhalt gebieten, wird unsere außenpolitische Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit bald auf Null reduziert sein.

Genossinnen und Genossen, ist das alles heute nicht mehr unserer Anstrengung, unseres Kampfes und unserer Opfer wert? Wollen wir, dürfen wir vor den Gefahren einer neuen deutschen Reaktion resignieren, oder auch nur Unentschlossenheit zeigen? Die Antwort darauf kann doch nur nein lauten. Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, daß ein enger Zusammenhang zwischen dieser Politik, dem immer schnelleren Wettrüsten und einer zunehmenden Verelendung der Dritten Welt besteht. Wir müssen aber auch den Zusammenhang der gegenüber den Ländern der Dritten Welt brutalen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reagan-Administration mit unseren eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen in Europa sehen. Die Regierung Kohl - vom Ausland inzwischen mit dem Spottnamen "Kegelclub Germania" bedacht - betreibt eine Politik nicht der Selbstbehauptung, sondern der Selbstaufgabe Westeuropas.

Die Politik der Rechtskoalition im Innern ist nicht weniger haarsträubend. Die Millionen Opfer dieser Politik warten darauf, daß die SPD ihren sozialen Protest gegen die Wende nach rückwärts immer pointierter artikuliert und ihren gesellschaftlichen Gestaltungswillen konzeptionell und organisatorisch zusammenfaßt. Wir dürfen ihnen diese große Anstrengung nicht schuldig bleiben.

Diese Aufgabe, Genossinnen und Genossen, ist schon konzeptionell schwieriger als manche meinen. Denn es ist zwar richtig, daß die CDU-Rezepte der 50er Jahre nicht die Probleme der 90er Jahre lösen können. Aber das gilt für viele SPD-Rezepte der 70er Jahre in ähnlicher Weise. Die Rechtskoalition versucht die wirklichen Probleme unserer Gesellschaft durch eine "Wende"-Ideologie zu vernebeln, die "Markt", "Leistung" und



"Eliten" beschwört und unter dem Tarnnetz dieser Beschwörung eine Rückkehr zum Sozialdarwinismus betreibt - bis hin zur Schaffung neuer Armut, bitterer neuer Armut in unserem Land.

Fragen wir uns, warum die Opfer dieser Politik - die Millionen registrierte und nicht-registrierte Arbeitslose an der Spitze - diese Politik bisher so geduldig hinnehmen, so stößt man auch da oft auf Resignation. "Wir können doch nichts machen", beziehungsweise "die Regierung, der Staat kann doch nichts machen", hört man heute oft. Da sind die Konservativen fein heraus, denn sie sind insoweit schon von Haus aus eine "Tu-nix"-Bewegung.

Unserer Kritik an der Rechtskoalition wird entgegengehalten, daß wir ja 16 Jahre Zeit gehabt hätten, andere Lösungen zu finden und daß wir auch heute keine überzeugenderen Lösungen anzubieten hätten. Liebe Genossinnen und Genossen, dies ist keine Beleidigung, sondern eine Herausforderung. Denn in der Tat werden die Probleme der 90er Jahre nicht mit alten Rezepten zu lösen sein. Die reichten ja schon in den 80er Jahren nicht mehr aus.

Wir müssen uns daher erneut fragen, wie man den Markt mit seiner großen wirtschaftlichen Koordinationsfähigkeit einbetten kann in eine Gesellschaftsordnung, die seine Vorteile nutzt, gleichzeitig aber gegenüber dem blinden Expansionsdrang der Gewinnmaxime die soziale Wertordnung unserer Gesellschaft zur Geltung bringt; die die Ausbeutung der Natur ebenso verhindert wie die Ausbeutung des Menschen; die auf die Herausforderung der neuen Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus, auf die Überschuldung der Dritten Welt, auf die über 30 Millionen Arbeitslosen in den Industrieländern der westlichen Welt, auf die Plünderung unseres Planeten nicht mit einer Entsolidarisierung der Völker und der Völkergemeinschaft, sondern mit einer neuen Solidarität antwortet.

Gewiß, die Aufgabe, die vor uns liegt, ist groß genug, um kleinmütig zu werden. Aber das dürfen wir nicht. Das wäre eine Veruntreuung des Erbes, das wir von früheren Generationen von Sozialdemokraten, die unter sehr viel schwereren Bedingungen arbeiten, kämpfen und auch sterben mußten. Es wäre auch unverantwortlich gegenüber den Opfern der reaktionären Politik, die auf uns hoffen. Wir müssen uns zusammenreißen, gleichgesinnte Kräfte zusammenfassen, einen neuen Anfang machen. Dazu möchte ich Euch in dem bescheidenen, aber nichts desto weniger wichtigen Rahmen unserer Bonner Arbeit drei Vorschläge machen.

Bis zum Landtagswahlkampf müssen wir uns zunächst auf die Mobilisierung der Partei und der Wähler konzentrieren. Wir sollten diese Anstrengung mit der vom Parteivorstand vorbereiteten großen Mitglieder-Werbeaktion verbinden.

Für die Zeit nach dem Wahlkampf sollten wir uns vornehmen, die Programmkommission beim Parteivorstand, die unter Vorsitz von Willy Brandt an der Fortschreibung des Godesberger Programms und damit an der Auffrischung unserer grundsätzlichen Orientierung arbeitet, von der Basis her kritisch zu begleiten. Im nächsten Heft des 'Sozialdemokrat magazin' werden wir einen ersten Fragenkatalog zu dieser Orientierungsarbeit veröffentlichen. Die Programmkommission bittet die Parteigliederung um kritische Begleitung, noch bevor der erste Entwurf des neuen Programms dem Bundesparteitag 1986 vorgelegt wird. Wer könnte sich mehr angesprochen fühlen als die Partei in Bonn, wo nicht nur der Parteivorstand seinen Sitz hat, sondern auch die Programmkommission arbeitet.

In diese Organisationsarbeit muß auch unser Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen, zur Frauenbewegung, zur Öko-Bewegung, zur Friedensbewegung einbezogen werden. Wir sollten sie mit zu Gesprächsforen einladen, auf denen wir mit Mitgliedern der Kommission über die soziale und politische Orientierung der deutschen Politik in der neuen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Situation diskutieren wollen.



Zum Schluß ein dritter Vorschlag, er führt wieder in die Nähe des Wahltages in Nordrhein-Westfalen zurück. Am 8. Mai nächsten Jahres jährt sich zum 40. Mal das Ende des Hitlerkrieges und des Naziregimes. Die Vertriebenenverbände haben beschlossen, dieses Tages - übrigens mit Unterstützung der Bundesregierung - unter dem Motto "40 Jahre Vertreibung" zu gedenken. Nun gehört sicher auch die Vertreibung der Deutschen aus den ehemals deutschen Ostgebieten zur Geschichte des Naziregimes und zu dessen ebenso schmählischen wie bitteren Ende. Aber das Entscheidende für unser Volk, dessen es an diesem Tage zu gedenken gilt, ist, wie der Nationalsozialismus unser eigenes Volk erniedrigt, besudelt und schließlich geteilt, wie er andere Völker verfolgt und ausgerottet, wie er die Welt in den Wahnsinn eines zweiten Weltkrieges gestürzt, wie er Europa einschließlich der europäischen Teile der Sowjetunion verwüstet hat.

Der 8. Mai ist zugleich der Jahrestag eines schwierigen demokratischen Neuanfangs, jedenfalls in diesem Teil Deutschlands, eines Neuanfangs, der nicht ein für allemal einfach garantiert ist. "Bonn ist nicht Weimar", hieß es vor 30 Jahren. Ob das so bleibt, Genossinnen und Genossen, wird gerade auch von uns abhängen.

Der Parteivorstand wird am 8. Mai eine zentrale Kundgebung durchführen, aber auch auf örtlicher Ebene muß die Partei dieses Tages würdig gedenken. Wir sollten dazu in Bonn die Gewerkschaften und die Kirchen, meines Erachtens aber auch - wenn sie dazu bereit sind - die anderen demokratischen Parteien einladen. Der 8. Mai 1985 darf nicht ein Tag törichter oder gar provokatorischer Reden, er muß ein Tag der neuen deutschen Demokratie werden." (-/20.12.1984/ks/va)

+ + +

